



Kordula Kovac
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Bundestagsdebatte über Landwirtschaftshaushalt Kordula Kovac: „Klares Signal für den ländlichen Raum“

Berlin, 24.11.2016

Kordula Kovac, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Jakob-Kaiser-Haus
Raum: 4.560
Telefon: +49 30 227-73 836
Fax: +49 30 227-76 836
kordula.kovac@bundestag.de

Büro Wolfach:

Schloßstraße 24 (Eingang über
Kirchstraße)
77709 Wolfach
Telefon: +49 7834-86 88 666
Fax: +49 7834-86 88 664
kordula.kovac@bundestag.de

In dieser Woche berät der Bundestag abschließend über den Bundeshaushalt 2017. Am heutigen Donnerstag steht der für das kommende Jahr vorgesehene Landwirtschaftsetat auf der Tagesordnung.

„Wir wollen die Landwirtschaft stärken und geben mit dem Etat 2017 ein klares Signal für den ländlichen Raum. Mit einer Erhöhung der Bundesmittel 2017 für die Land- und Forstwirtschaft, den Gartenbau und der Fischerei um 106,5 Millionen Euro gegenüber dem Regierungsentwurf steht die Unionsfraktion an der Seite der vor Ort lebenden und arbeitenden Menschen und ebnet den Weg für eine zukunftsweisende Entwicklung unserer ländlichen Regionen“, sagte die Bundestagsabgeordnete Kordula Kovac, die als einzige CDU-Abgeordnete aus Südbaden im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft sitzt. Insgesamt stehen dem Ressort von Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CDU) im kommenden Jahr rund 6 Milliarden Euro zur Verfügung.

Auf Initiative der CDU/CSU- Bundestagsfraktion bekommen die Betriebe vor Ort zusätzliche Bundesmittel, was der schwierigen Situation der Landwirte Rechnung trägt: 150 Millionen Euro für ein Bürgschaftsprogramm zur Verbesserung der Liquidität sowie 58 Millionen Euro Liquiditätshilfen für die vom Preisverfall besonders stark betroffenen Milchbauern, um die europäischen Hilfen in gleicher Höhe zu verdoppeln. Weitere 50 Millionen Euro werden für Verbesserungen der Gewinnermittlungsverfahren durch Anpassungen im Einkommenssteuergesetz eingeplant.

Zusammen mit den bereits im Regierungsentwurf des Haushaltes 2017 enthalten 78 Millionen Euro Zusatzentlastung der Landwirtschaftlichen Unfallversicherung, was eine Gesamtentlastung von 37 Prozent bei den Versicherungsbeiträgen bedeutet, setzt die Unionsfraktion mit insgesamt 336 Millionen Euro ein starkes Zeichen für eine regional verankerte, flächendeckende und bäuerliche Land- und Forstwirtschaft in Deutschland.



Des Weiteren ist eine Erhöhung von 15 Millionen Euro für die 'Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes' (GAK) als zentrales Instrument zur Koordinierung der Agrarstrukturpolitik auf 765 Millionen Euro vorgesehen. Außerdem werden Ökolandbau, nachhaltige Forstwirtschaft, Forschung und der Bereich Gesunde Ernährung durch zusätzliche Bundesgelder gestärkt.

Auch die Mittel für das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung (BULE) werden deutlich um 45 Millionen Euro erhöht. Somit stehen nunmehr 55 Millionen Euro für innovative Ideen, beispielhafte Vorhaben und Konzepte, die vor Ort in den Kommunen erarbeitet werden, zur Verfügung.

Gegenüber dem Entwurf der Bundesregierung wurde der Finanzierungsrahmen für Modellvorhaben 'Demonstrationsbetriebe integrierter Pflanzenschutz' zur Erprobung neuer Verfahren um 0,5 Millionen Euro auf 1,8 Millionen Euro erweitert. Bis 2018 können bis zu 64 Praxisbetriebe in den Bereichen Ackerbau, Obst und Gemüsebau, Weinbau sowie Hopfenbau teilnehmen. **„Ich bin zuversichtlich, dass uns das im Kampf gegen invasive Arten und neue Schädlinge vor allem auch in Zeiten des Klimawandels weiterbringt“**, sagte Kovac, die Sprecherin ihrer Fraktion für Weinbau und Sonderkulturen ist.

Für die Land- und Forstwirtschaft sowie die Bereiche Gesunde Ernährung und Klimaschutz wurden 47 neue Personalstellen geschaffen. Neben dem Ernährungs- und Landwirtschaftsministerium profitieren vor allem Forschungsinstitute vom Bundeshaushalt 2017. **„Das Personal muss den Aufgaben angepasst werden, das konnten wir insgesamt mit den Aufstockungen erreichen“**, sagte Kovac.

Als Weinbaupolitische Sprecherin der Unionsfraktion begrüßt sie die neue Stelle bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) für die Umsetzung des EU-Genehmigungsverfahrens für Rebplantagen. **„Ich hoffe, dass diese Maßnahme die Genehmigungsverfahren für die Winzer beschleunigt und dazu beiträgt, die Wettbewerbsbedingungen in der EU weiter anzugleichen“**, sagte Kovac.

In der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses am 10. November wurde der Etat des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) beschlossen. Am Freitag wird nun das Haushaltsgesetz 2017 nach einer abschließenden Beratung vom Bundestag verabschiedet.